Wie viel Erdogan steckt im Türkisch-Unterricht?

Die mangelnde Kontrolle durch das Bildungsministerium war lange Zeit kein Thema – Jetzt schlägt die Lehrergewerkschaft Alarm

VON BASTIAN MODROW

Türkisch als Zweit- oder Drittsprache an den Schulen gibt es in Schleswig-Holstein nicht. Der Unterricht wird deshalb von Lehrern des Konsulats erteilt und nicht kontrolliert. FOTO: DPA

KIEL. In Schleswig-Holstein lernen 1160 Mädchen und Jungen nicht nur Deutsch und Englisch in der Schule: Auf Wunsch ihrer Eltern nehmen sie zusätzlich an muttersprachlichem Unterricht teil. Die meisten der Erst- bis Viertklässler nutzen das Angebot des türkischen Generalkonsulats in Hamburg.

Seit 40 Jahren ist per Richtlinie der Europäischen Gemeinschaft muttersprachlicher Ergänzungsunterricht zur klassischen Schulpflicht gesetzlich verankert. Ziel war es ursprünglich, den Kindern von sogenannten Wanderarbeitnehmern die Möglichkeit einzuräumen, sich auch fern der Heimat mit kulturellen Gepflogenheiten und ihrer Muttersprache identifizieren zu können. „Da zumindest damals kein Bundesland in der Lage war, den muttersprachlichen Unterricht für die zahlreichen Migrantengruppen im Rahmen des Unterrichts zu organisieren, wurde das Modell der Konsulatslehrer geschaffen", sagt der SPD-Bildungsexperte Martin Habersaat. Die Folge: Zwar dürfen schulische Einrichtungen für die Angebote genutzt werden, darüber hinaus hat das Bildungsministerium allerdings keinen Einfluss auf den Unterricht, der im wahrsten Sinne des Wortes hinter verschlossenen Türen stattfindet und in erster Linie in türkischer Sprache angeboten wird. Nur sechs der 31 Pädagogen lehren in den Sprachen Kroatisch, Tunesisch, Portugiesisch und Spanisch. Jahrzehntelang gab es an diesem Prozedere keinerlei Kritik – so lange, bis Ende 2016 der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) in Nordrhein-Westfalen Lehrpläne türkischer Konsulatslehrer zugespielt wurde, in denen Experten nationalistische Thesen entdeckt haben wollen. Seither wird bundesweit über das Unterrichtsmodell diskutiert. Befeuert wird die Debatte noch durch die jüngsten Entwicklungen in der Türkei.

> **„Wir können uns gut vorstellen, dass Türkisch als zusätzliche Fremdsprache angeboten wird."**
>
> **Anke Erdmann,** Bildungspolitikerin (Grüne)

„Würde es den Präsidenten Erdogan nicht geben, der Menschenrechte mit Füßen tritt und sein Land in eine Art Diktatur manövriert, dann wäre der Konsulatsunterricht sicher auch kein Thema", sagt Bernd Schauer. Der Landesgeschäftsführer der GEW hat ein „ungutes Gefühl", wenn er an den Türkisch-Unterricht denkt. „Grundsätzlich befürworte ich muttersprachlichen Unterricht, nur wirft es bei mir die Frage auf, wie neutral ein Lehrer sein kann, der in einem Loyalitätsverhältnis zu einem Präsidenten Erdogan steht." Gerade Kinder und Jugendliche seien von Autoritätspersonen leicht manipulierbar", sagt Schauer. Es könne nicht sein, dass dies nicht kontrolliert wird.

Das Bildungsministerium von Britta Ernst (SPD) beruft sich auf die EG-Richtlinie von 1977. FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki dagegen ist überzeugt, dasss es auch anders geht. So würden beispielsweise in Hamburg die Lehrer der staatlichen Schulaufsicht unterstehen und den Unterricht nach Bildungsplänen und Vorgaben des Senats halten. Auch in Niedersachsen und Rheinland-Pfalz würden keine Konsulatslehrer eingesetzt. Wie die FDP will auch die CDU, dass der muttersprachliche Unterricht langfristig von Lehrern erteilt wird, die eine deutsche Lehrerausbildung absolviert haben. Ein Vorstoß, mit dem sich auch Anke Erdmann (Grüne) anfreunden kann. Sie spricht von einer „guten Alternative zu Konsulatslehrkräften". Mehr noch: „Wir können uns gut vorstellen, dass Türkisch als zusätzliche Fremdsprache im Rahmen des normalen Wahlpflichtunterrichts angeboten wird, so wie zum Beispiel Spanisch."

Eine Alternative wäre, das Sprachangebot auszuweiten

Der Landesvorsitzende der Türkischen Gemeinde Schleswig-Holstein (TGSH), Cebel Küçükkaraca, wünscht sich ein Ende der Diskussion um den türkischsprachigen Unterricht: „Unserer Gesellschaft und unserem Zusammenleben dient all das nicht", klagt er. Türkisch sei eine interessante und wichtige Sprache für viele Menschen in Schleswig-Holstein. „Wenn es selbstverständlich auch als Zweit- oder Drittsprache an Schulen angeboten werden würde, wäre der Unterricht bei Konsulatslehrern nicht mehr die einzige Option", sagt Küçükkaraca und fordert, den Unterricht auf neue Sprachen auszuweiten, „wie zum Beispiel Türkisch und Arabisch."